

Heinrich von Bodman und Karl von Weizsäcker. Regierungspolitik und Handlungsstrategien im letzten Kriegsjahr 1918

VON MARTIN FURTWÄNGLER

Am 21. März 1918 begann die letzte großangelegte Offensive Deutschlands im Ersten Weltkrieg*. Nach dem Frieden von Brest-Litowsk waren die Hoffnungen auf deutscher Seite groß, nun mit den von der Ostfront abgezogenen Verbänden den entscheidenden Schlag zum Sieg im Westen und damit im Weltkrieg führen zu können. Aufgrund der begrenzten eigenen Ressourcen und der wachsenden Präsenz Amerikas auf dem europäischen Kriegsschauplatz war das Zeitfenster für das Gelingen dieses Vorhabens jedoch sehr klein. Das große Risiko, das der Offensive anhaftete, wurde vor Beginn der militärischen Operationen in der deutschen Führung allerdings weitgehend verdrängt. Als Prinz Max von Baden Mitte Februar 1918 die Frage stellte, was denn passieren würde, sollte das Unternehmen misslingen¹, erwiderte der erste Generalquartiermeister Ludendorff: *Dann muß Deutschland eben zugrunde gehen*. Diese lapidare Antwort offenbart die ganze Dramatik der militärisch-strategischen Situation. Es hieß nun „alles oder nichts“. Letztlich bedeutete das aber auch, dass die militärische Führung des Reiches keinen Plan B mehr hatte und der Erfolg der Offensive für sie alternativlos war.

Galt dieses alternativlose Denken des militärischen Sektors im Jahr 1918 auch für den politischen Bereich, galt es auch für Baden und Württemberg bzw. für die beiden leitenden Minister Heinrich von Bodman und Karl von Weizsäcker? Oder entwickelten diese im letzten Kriegsjahr zusätzliche Handlungsstrategien, für den Fall, dass die von ihnen betriebene Politik zu scheitern drohte bzw. eine dramatische politische Krise eintrat? Oder anders gesprochen: Verfügt die konstitutio-

* Der nachfolgende Beitrag ist die leicht umgearbeitete und mit Quellen- und Literaturangaben versehene Fassung eines Vortrages, den ich auf der 65. Jahrestagung der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg am 29. 6. 2018 in Waldkirch gehalten habe.

¹ Vgl. hierzu: Jörn LEONHARD, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München ⁵2014, S. 827 ff., Zitat S. 828.

nell geführten Regierungen der beiden südwestdeutschen Bundesstaaten über ein Modernisierungspotential, das sie im letzten Kriegsjahr mit seiner sich zuspitzenden kriegs- und innenpolitischen Situation einsetzen konnten?

Der Beantwortung dieser Fragen soll im Folgenden in drei Schritten näher gekommen werden. Zunächst werden die beiden Staatsminister bzw. Ministerpräsidenten kurz vorgestellt, danach wird in einem zweiten Schritt der Blick auf die politische und gesellschaftliche Situation in Baden und Württemberg Ende des Jahres 1917 gerichtet und schließlich von da aus die Regierungspolitik in beiden Ländern im Jahr 1918 anhand von ausgewählten Aspekten analysiert.



Abb. 1: Karl Hugo Freiherr von Weizsäcker (1853–1926) um 1920 (Vorlage: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, 051697).

Karl von Weizsäcker (1853–1926)² stammte aus einem kleindeutsch geprägten protestantischen Elternhaus, nahm am Krieg von 1870/1871 teil und schloss sein Studium der Rechtswissenschaft mit exzellenten Noten ab. Im Jahr 1877 trat er in den württembergischen Staatsdienst ein und machte rasch Karriere. 1897 wurde er Ministerialdirektor im Justizministerium, 1901 stieg er zum Kultminister auf. Wenn gleich Clara Zetkin diese Berufung mit den Worten kommentierte, der Mann habe *keinen blauen Dunst* von seinem neuen Amt³, konnte Weizsäcker schon bald diverse erfolgreiche Reformprojekte vorweisen, so z. B. die Etablierung gewerblicher Fortbildungsschulen. Er galt in Württemberg schnell auch als politischer Hoffnungsträger⁴. Beinahe konsequenterweise wurde er 1906 von König Wilhelm II. schließlich zum Leiter des Auswärtigen Departements und zum Ministerpräsidenten berufen. Diese Ämter sollte er bis zur

² Vgl. zu ihm: Eberhard GÖNNER, Ministerpräsident Karl von Weizsäcker, in: ZWLG 48 (1989) S. 359–374; Frank RABERG, Karl von Weizsäcker, in: Württembergische Biographien, Band 3, hg. im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg von Maria Magdalena RÜCKERT, Stuttgart 2017, S. 246–249; Martin WEIN, Karl Hugo von Weizsäcker 1853–1926, in: Große Stuttgarter. Gestalten aus fünf Jahrhunderten, hg. von Erwin TEUFEL, Stuttgart 1996, S. 160–169; Paul SAUER, Württemberg im Kaiserreich. Bürgerliches Freiheitsstreben und monarchischer Obrigkeitstaat, Tübingen 2011; DERS., Württembergs letzter König. Das Leben Wilhelms II., Stuttgart 1994.

³ RABERG (wie Anm. 2) S. 248.

⁴ SAUER, Württembergs letzter König (wie Anm. 2) S. 144; GÖNNER (wie Anm. 2) S. 364.

Revolution 1918 innehaben. Anlässlich des 25-jährigen Thronjubiläums des württembergischen Königs 1916 erhob ihn dieser zudem in den erblichen Freiherrenstand. Weizsäcker war ein überzeugter Anhänger des konstitutionellen Systems, stand gemäßigten Reformen aber durchaus offen gegenüber, wobei sein Motto lautete: *in ruhigen Zeiten reformieren*⁵. Als Minister betrachtete er sich als ein Vertrauensmann des Königs, der eine sachliche und von den Parteien unabhängige Politik im Dienste des Landes zu betreiben habe. Um dies zu dokumentieren, trat er bei der Übernahme seines ersten Regierungsamtes auch aus der Deutschen Partei (den Nationalliberalen in Württemberg) aus, wengleich er der Partei weiterhin politisch nahe stand. Dem entsprechend war Weizsäcker ein Befürworter des 1871 gegründeten Reiches, verstand sich jedoch auch als ein Vertreter württembergischer Interessen in Berlin (Abb. 1).

Heinrich von Bodman (1851–1929)⁶ stammte aus einem reichsritterlichen katholischen Geschlecht und war wie Weizsäcker Kriegsteilnehmer 1870/1871. Nach einem Studium der Rechtswissenschaften trat er als Beamter in die badische Innenverwaltung ein. Dort machte er rasch Karriere und wurde 1904 Ministerialdirektor sowie stellvertretender badischer Bevollmächtigter beim Bundesrat und 1907 schließlich Innenminister. Als solcher zeichnete er für zahlreiche Reformen auf fast allen Gebieten seines weitgefächerten Ressorts verantwortlich. Im Dezember 1917 wurde er von Großherzog Friedrich II. schließlich zusätzlich noch zum Staatsminister, also zum Regierungschef, berufen, was er bis zur Revolution 1918 bleiben sollte⁷ (Abb. 2).



Abb. 2: Johann Heinrich Freiherr von und zu Bodman (1851–1929) (Vorlage: GLAK J-Ac-B Nr. 51).

⁵ GÖNNER (wie Anm. 2) S. 364.

⁶ Vgl. zu Heinrich von Bodman: Gerhard KALLER, Johann Heinrich von und zu Bodman, in: *Badische Biographien Neue Folge*, Bd. I, hg. von Bernd OTTNAD, Stuttgart 1982, S. 68–70; Hans FENSKE, Baden 1860–1918, in: *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte*, Bd. 3, hg. von Hansmartin SCHWARZMAIER u. a., Stuttgart 1992, S. 133–233; Monika POHL, Ludwig Marum. Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und sein Aufstieg in der badischen Arbeiterbewegung 1882–1919, Karlsruhe 2003; Adam REMMELE, *Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden*, Karlsruhe 1925.

⁷ Auf die Übernahme des für einen Staatsminister eigentlich üblichen Außenministeriums verzichtete er aus Gründen der Arbeitsbelastung.

Wie Weizsäcker war Bodman ein Anhänger des konstitutionellen Systems. Ebenso war er Mitglied der Nationalliberalen Partei, als deren Kandidat er sich sogar 1903, allerdings erfolglos, bei den Reichstagswahlen aufstellen ließ. Zu einem Bruch in seiner Karriere hätte 1910 beinahe seine positive Würdigung der Sozialdemokratie in einer Rede in der Ersten Kammer der Landstände geführt. Dabei betonte er, dass die Sozialdemokratie *in ihren Zielen, soweit sie auf Abschaffung der Monarchie und auf die Umgestaltung unserer ganzen Gesellschaft [...] usw. gehen, gewiß zu bekämpfen* [sei...]. *Sie ist aber außerdem eine großartige Arbeiterbewegung zur Befreiung des vierten Standes, zur Emporhebung der großen Massen der Arbeiter, die mitarbeiten wollen im Staatsleben, die sich betätigen wollen und in dieser Beziehung muß man ihnen entgegenkommen*⁸. Vor allem in Preußen war die Empörung über diese Äußerung groß, der Kaiser bekundete seine Ablehnung, doch entgegen den allgemeinen Erwartungen hielt der Großherzog an seinem Minister fest. Letztlich war diese Äußerung Ausdruck der Politik von Bodmans, die sich an Bethmann Hollwegs Politik der Diagonalen orientierte. Diese besagte, dass man von einem konservativen Standpunkt kommend versuchen sollte, mit liberalen Strömungen und auch mit der Sozialdemokratie auszukommen, sie als erheblichen Faktor der Politik anzuerkennen, um sie in der Sache zu bekämpfen⁹.

Beide Regierungschefs hatten also einen durchaus vergleichbaren Werdegang und waren Ende 1917 seit mehr als zehn Jahren in ministerialen Ämtern tätig und von daher mit den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten ihrer beiden Länder vertraut. Deren Lage wiederum war am Ende des vorletzten Kriegsjahres durchaus ähnlich und vor allem durch vier Faktoren gekennzeichnet:

1) Seit Kriegsbeginn hatten die Länderregierungen und auch die Länderparlamente deutlich an Bedeutung eingebüßt. Die wichtigsten politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entscheidungen wurden nun in Berlin getroffen¹⁰. Dabei waren auch die Einflussmöglichkeiten der Länder auf die Politik des Reiches gering. Dies musste im Laufe des Krieges gerade Karl von Weizsäcker erfahren, den eine starke Affinität für die Reichspolitik auszeichnete und der sich im Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten stark engagierte. Zu den wenigen wirklichen Aufgaben der Bundesstaaten im Weltkrieg gehörte neben der Versorgung der durch den Krieg bedürftig gewordenen Menschen insbesondere die Sicherung der Versorgungs- bzw. Ernährungslage der zivilen Bevölkerung. Mit der sich immer weiter ausdehnenden staatlichen Bewirtschaftung fast sämtlicher Güter wuchsen somit den Verwaltungen in Baden und Württemberg einerseits neue Aufgaben

⁸ Verhandlungen der Ersten Kammer der Ständeversammlung des Großherzogtums Baden in den Jahren 1909/1910, Protokollheft, Karlsruhe 1910, Sitzung 13. 7. 1910, S. 877.

⁹ Klaus-Peter MÜLLER, Politik und Gesellschaft im Krieg. Der Legitimitätsverlust des badischen Staates 1914–1918, Stuttgart 1988, S. 228.

¹⁰ Vgl. Daniel KUHN, Als der Krieg vor der Haustür stand. Der Erste Weltkrieg in Baden und Württemberg, Tübingen 2014, S. 111; GÖNNER (wie Anm. 2) S. 371; SAUER, Württembergs letzter König (wie Anm. 2) S. 265.

zu, doch andererseits war der Entscheidungsspielraum gerade kleinerer Länder auch in diesem Bereich im Zuge der zentralisierten Kriegsernährungswirtschaft begrenzt¹¹.

2) Die staatlichen Institutionen und Organe erlitten auch in den südwestdeutschen Ländern im Laufe des Krieges einen zunehmenden Ansehens- und Legitimationsverlust in der Bevölkerung. Dies zeigte sich z. B. im Vorwurf württembergischer Unternehmer, staatliche Stellen seien mit der Organisation der Kriegswirtschaft überfordert¹². Vor allem wurde er jedoch verursacht durch die zunehmend schlechter werdende Ernährungslage bzw. durch die Unfähigkeit der staatlichen und kommunalen Verwaltungen, für eine gerechte Verteilung der knappen Lebensmittelbestände zu sorgen¹³. Zudem erschienen die Kommunal- und die Landesbehörden in zunehmendem Maße nur noch als Vollzugsorgane der preußischen und der Reichsbehörden, und denen wurde vorgeworfen, dass sie Entscheidungen zuungunsten der Menschen vor Ort treffen würden¹⁴. Somit mehrten sich Streiks und soziale Konflikte 1917 auch im Südwesten des Reiches.

3) Daneben war das Jahr 1917 aber auch ein Jahr der politischen Neuorientierung. Die weitgehende politische Ohnmacht der Länder gepaart mit dem 1914 geschlossenen Burgfrieden hatten sich lange Zeit mäßigend auf die ideologischen Konflikte der Parteien in der Provinz ausgewirkt¹⁵. Die angespannte Lage an der Front und die Versorgungskrise in der Heimat führten 1917 aber auch in Baden und Württemberg zur Gründung neuer Parteien an den Rändern des politischen Spektrums (USPD und der Vaterlandspartei¹⁶). Im Südwesten konnte allerdings nur die USPD in einigen industriellen Zentren, insbesondere in Mannheim, eine gewisse Bedeutung erlangen¹⁷.

Doch schon dies trug mit dazu bei, dass es zu einer stärkeren Politisierung in den Landtagen kam. In Baden wurde 1917 der schon längere Zeit leblose Großblock aus SPD und Nationalliberalen (NL) endgültig aufgelöst, und die SPD rang sich zu Forderungen nach einer demokratischen Weiterentwicklung des bestehenden

¹¹ MÜLLER (wie Anm. 9) S. 508 f.

¹² Achim HOPBACH, Unternehmer im Ersten Weltkrieg. Einstellungen und Verhalten württembergischer Industrieller im ‚Großen Krieg‘, Leinfelden-Echterdingen 1998, S. 127–132.

¹³ Zwar war die Versorgungskrise im Südwesten aufgrund der überwiegend agrarischen Struktur der Länder im Vergleich zu anderen Teilen Deutschlands relativ gemäßigt und erfuhr besonders nach dem Ende des Krieges im Osten Ende 1917/Anfang 1918 durch Importe eine gewisse Milderung. Insgesamt blieb die Situation dennoch angespannt; vgl. POHL (wie Anm. 6) S. 316.

¹⁴ MÜLLER (wie Anm. 9) S. 508.

¹⁵ KUHN (wie Anm. 10) S. 112.

¹⁶ Heinz HAGENLÜCKE, Deutsche Vaterlandspartei: die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997, S. 244 ff.; MÜLLER (wie Anm. 9) S. 506.

¹⁷ Die sich von der SPD abspaltende USPD ging in Württemberg auf die Sozialistische Vereinigung von 1915 zurück; KUHN (wie Anm. 10) S. 152 f.

politischen Systems durch. Diese wurden im April 1917 auf einem Parteitag als Aktionsprogramm beschlossen und waren letztlich sehr gemäßigt. In Württemberg verlangte im Juni 1917 der linksliberale Abgeordnete Conrad Haußmann im Landtag hingegen die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems¹⁸, dem sich auch die Sozialdemokraten unter Wilhelm Keil anschlossen¹⁹. Verstärkt wurde diese aufkeimende innenpolitische Diskussion Ende des Jahres durch erste zaghafte Schritte zur Parlamentarisierung des politischen Systems auf Reichsebene²⁰, was sich z. B. in der Berufung des Württembergers Friedrich Payer zum Vizekanzler manifestierte, mit der erstmals ein Reichstagsabgeordneter in die Reichsregierung aufgenommen wurde²¹.

4) Der Sieg der Mittelmächte an der Ostfront führte Ende 1917 zu einer stark veränderten Kriegslage. Mit dem Mitte Dezember in Kraft getretenen Waffenstillstand schied Russland aus dem Bündnis mit den Westmächten aus, was das Deutsche Reich von der Last des Zweifrontenkrieges befreite. Dies ließ im ganzen Land große Hoffnungen aufkommen, den Weltkrieg im Jahr 1918 siegreich beenden zu können.

Vor diesem Hintergrund wurde Heinrich von Bodman am 22. Dezember 1917, also kurz vor dem Jahreswechsel, zum neuen Staatsminister in Baden ernannt²². Davon ausgehend soll nun die Regierungspolitik der beiden südwestdeutschen Regierungschefs im letzten Kriegsjahr analysiert werden. Dabei erfolgt eine Konzentration auf drei Themenkomplexe: die Frage von Krieg und Frieden, die Stellung der Länder im Reich, und die Frage einer Parlamentarisierung des politischen Systems.

Die Frage von Krieg und Frieden fiel zwar nicht in die Zuständigkeit von Ministerpräsidenten, doch als das allbeherrschende Thema der damaligen Zeit beschäftigte sie die beiden südwestdeutschen Regierungschefs durchaus, zwang sie immer wieder zu politischen Stellungnahmen und schwebte letztlich über all ihren politischen Handlungen. Heinrich von Bodman legte seine Ansichten und seine Absichten als Regierungschef am 9. Januar 1918 in einer Grundsatzrede vor

¹⁸ Verhandlungen der Württembergischen Zweiten Kammer auf dem 39. Landtag im Jahre 1917, Protokollband 100, Protokolle vom 6. Juni bis 11. August 1917, Stuttgart 1917, S. 4432.

¹⁹ Eberhard NAUJOKS, Württemberg 1864–1918, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 3, hg. von Hansmartin SCHWARZMAIER u. a., Stuttgart 1992, S. 333–432, hier: S. 424.

²⁰ Vgl. SAUER, Württemberg im Kaiserreich (wie Anm. 2) S. 334.

²¹ Zuvor war schon der gewachsene Parlamentarische Einfluss sichtbar geworden durch die massive parlamentarische Einflussnahme beim Kanzlerwechsel von Michaelis auf Graf Hertling im Oktober/November 1917; SAUER, Württemberg im Kaiserreich (wie Anm. 2) S. 333 f.

²² Sein Vorgänger Alexander von Dusch war aus Gesundheitsgründen zurückgetreten.

der zweiten Kammer der Landstände dar²³. In diesem Rahmen interpretierte er den Weltkrieg gemäß der offiziellen Lesart als Verteidigungskrieg *für Volk und Einheit* und bekundete sein Vertrauen in Hindenburg, 1918 *unsere gerechte Sache zu einem guten Ende zu bringen*²⁴. Außerdem forderte er, die eigene Friedenssehnsucht nicht mehr so deutlich in der Öffentlichkeit zu betonen wie in der jüngeren Vergangenheit, da dies nur den Feinden des Reiches nutzen würde²⁵. Bis zum Ende des Landtages Anfang Juli nährte er dann ungebrochen die Hoffnung auf den Sieg der deutschen Truppen und stellte die Erfolge der deutschen Offensive immer wieder heraus. Bodmans Argumentationslinie war letztlich der propagandistische Versuch, die Reihen geschlossen zu halten und die deutsche Kriegspolitik gegen Angriffe abzuschirmen. Ob der dabei zur Schau getragene Optimismus seiner Überzeugung entsprach oder nicht, ist aufgrund fehlender nichtöffentlicher Quellenbelege bislang nicht zu ermitteln.

Karl von Weizsäcker argumentierte vor dem württembergischen Landtag 1918 in ähnlicher Weise wie sein badischer Kollege²⁶. Hinter seinen offiziösen Verlautbarungen verbarg sich aber eine weitaus skeptischere Haltung. Zwar sah Weizsäcker keine deutsche Schuld am Kriegsausbruch, er betrachtete diesen aber schon 1914 als Bankrott der deutschen Außenpolitik und schätzte die Siegchancen des Reiches von Anfang an als eher gering ein²⁷. Daher trat er gerade im Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten während des Krieges des Öfteren mit seinen Plädoyers für einen Verständigungsfrieden und gegen den unbeschränkten U-Boot-Krieg²⁸ in Erscheinung, fand damit aber in Berlin wenig Gehör²⁹. Als dann im September 1918 der Auswärtige Ausschuss des Bundesrates über das Scheitern der Offensive bzw. die katastrophale militärische Situation an der Westfront informiert wurde, plädierte Weizsäcker dafür, damit im Innern offensiv umzugehen, nämlich das Volk über die tatsächliche militärische und politische Lage vollumfänglich aufzuklären und mit den Träumen von Sieg und Annexionen

²³ Vgl. Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung, Zweite Kammer, Karlsruhe 1918, Sp. 187–191.

²⁴ Ebd., Sp. 188.

²⁵ Ebd., Sp. 285.

²⁶ Am 15. Mai rühmte er die *glänzenden, von der ganzen Welt, insbesondere auch von unseren Feinden widerwillig bewunderten Erfolge* des deutschen Heeres in der Frühjahrs-offensive 1918; vgl. auch für das Folgende: Verhandlungen der Württembergischen Zweiten Kammer auf dem 39. Landtag im Jahre 1918, Protokollband 101, Protokolle vom 27. Februar bis 29. Mai 1918, Stuttgart 1918, S. 5552f. Dabei konstatierte er, dass in der Truppe die beste Stimmung herrsche, was sich auch stählend auf die Heimat auswirke, die nicht wanke.

²⁷ SAUER, Württembergs letzter König (wie Anm. 2) S. 261.

²⁸ Ebd., S. 261, 273; NAUJOKS (wie Anm. 19) S. 424.

²⁹ HStAS Q 1/18 Bü 173, S. 79f.; SAUER, Württembergs letzter König (wie Anm. 2) S. 261. Im letzten Kriegsjahr hielt er sich mit diesbezüglichen öffentlichen Äußerungen jedoch merklich zurück.

abzuschließen³⁰. Diese Offenheit sah er als unerlässlich an, um keinen Gegensatz zwischen Regierungen und Bevölkerung entstehen zu lassen, und um damit der Gefahr einer Revolution vorzubeugen³¹. Weizsäcker wollte also eine Wende wagen, hin zu Transparenz und Offenheit, zu der seine Kollegen – wohl auch von Bodman, ganz sicher aber die Reichsleitung und die Oberste Heeresleitung (OHL) – noch immer nicht bereit waren. Ob dieser Weg dann tatsächlich zum gewünschten Erfolg geführt hätte, kann bezweifelt werden, aber er schlug immerhin eine ungewöhnliche Alternative politischen Handelns vor, die letztlich auf einer höheren Wertschätzung der Bevölkerung beruhte.

Hinsichtlich der Frage nach der Stellung der Länder im Reich sahen beide Regierungschefs die Selbständigkeit ihrer Staaten durch die Zentralisierungstendenzen der Kriegszeit als gefährdet an, wobei Weizsäcker dies als eine vorübergehende Erscheinung interpretierte, die nach dem Ende des Krieges wieder aufgehoben würde³². In Baden waren die Befürchtungen größer, was schon der lebhafteste Beifall im Plenum des Landtags am 9.1.1918 deutlich machte, als von Bodman verhaltene Kritik an der zunehmenden Macht Berlins äußerte³³. Letztlich hing das mit der Militärkonvention von 1870 zusammen, mit der die badischen Truppen in das preußische Heer inkorporiert worden waren. Im Krieg fühlten sich viele Badener gegenüber ihren Kameraden benachteiligt. Dies führte zu erheblicher Unzufriedenheit im Land und zusammen mit den Versäumnissen, die man in der Bevölkerung den preußischen und den Reichsbehörden auch hinsichtlich der Versorgungsfrage anlastete, zu einem verstärkten Partikularismus³⁴. Von Bodman versuchte diesen Tendenzen im Landtag entgegenzuwirken, indem er auch im Laufe des Jahres 1918 den Beschwerden gegen militärische Institutionen und Reichsbehörden nachging und ihnen soweit möglich abzuhelpen versuchte³⁵. Gleichzeitig war er dabei bestrebt, diese Klagen möglichst als Einzelfälle darzustellen und sie *auf das richtige Maß* zurückzuführen, wie er sich einmal ausdrückte³⁶. Grundsätzlich ändern konnte er an dieser Situation damit jedoch nichts. Seine Strategie beschränkte sich also darauf, durch Hilfe im Kleinen im Großen zu beruhigen.

Die Stellung der einzelnen Länder im Reich war jedoch nicht nur beeinflusst von deren Verhältnis zur Reichsebene, sondern auch von ihrer Positionierung untereinander. Gegenseitige Rivalität, Macht- und Prestigefragen spielten zwischen ihnen daher auch 1918 eine durchaus wichtige Rolle. Dies verdeutlicht in beson-

³⁰ NAUJOKS (wie Anm.19) S.426; HStAS Q 1/18 Bü 49, Protokoll der Sitzung des Bundsratsausschusses vom 20.10.1918.

³¹ NAUJOKS (wie Anm.19) S.426.

³² Verhandlungen der Württembergischen Zweiten Kammer, Protokollband 101 (wie Anm.26) S.5554.

³³ Amtliche Berichte (wie Anm.23) Sp.188.

³⁴ MÜLLER (wie Anm.9) S.509.

³⁵ Vgl. z.B. Amtliche Berichte (wie Anm.23) Sp.368, 394, 644, 1989.

³⁶ Ebd., Sp.646.

derem Maße die Frage nach der Zukunft des Reichslandes Elsass-Lothringen. Dieses hatte ja einen Sonderstatus, war es doch kein regulärer Bundesstaat des Reiches, sondern unterstand dem Bundesrat als dem Träger der Reichssouveränität und wurde vom Kaiser verwaltet³⁷. Kurz nach Kriegsbeginn 1914 hatte Bayern seine Bestrebungen von 1870/1871 wieder aufgenommen, eine Aufteilung des Reichslandes zwischen Bayern, Preußen und Baden zu erreichen³⁸. Begründet wurde dieser Plan damit, dass sich dadurch die als reichskritisch wahrgenommene dortige *Bevölkerung [...] am leichtesten in das Deutschtum einleben würde*³⁹. Neigte auch der Kaiser diesen Plänen immer mehr zu⁴⁰, so lehnten Baden und Württemberg deren konkrete Umsetzung gerade in Kriegszeiten ab und plädierten im Grundsatz für einen Erhalt des Status quo. Seinen Höhepunkt erreichte dieser Konflikt/Gebietsschacher in der ersten Hälfte des Jahres 1918⁴¹. Besonders von Weizsäcker beschäftigte er in erheblichem Maße. Denn da Württemberg kein Stück des zu verteilenden Kuchens erhalten sollte, war für ihn die Machtfrage gestellt. So sah er sich gezwungen – trotz der prinzipiellen Ablehnung der Teilungspläne – zur Interessenwahrung seines Königs für Württemberg Kompensationsleistungen zu fordern, sollte es zu einer Umsetzung der Teilungspläne kommen und ansonsten das Veto Württembergs anzudrohen⁴². Das vom Kaiser angebotene Hohenzollern wurde dabei als nicht ausreichend angesehen und auch die offerierte Übertragung der polnischen Krone auf Herzog Albrecht von Württemberg erschien von Weizsäcker als Danaergeschenk und wurde von ihm abgelehnt⁴³. Letztlich spielte dabei wohl auch der Gedanke eine Rolle, mit hinhaltendem Widerstand die Entscheidung in dieser Frage möglichst auf die lange Bank zu schieben und damit vielleicht ganz zu verhindern⁴⁴. Heinrich von Bodman zeigte sich gegenüber den Teilungsplänen nur bedingt aufgeschlossener, wollte für Baden aber auf Teilhabe nicht verzichten, sollten diese realisiert werden⁴⁵.

³⁷ Ernst Rudolf HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. III, Stuttgart 1988, S. 849; Hans-Ulrich WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: 1849–1914, München 1995, S. 1014.

³⁸ SAUER, *Württembergers letzter König* (wie Anm. 2) S. 277.

³⁹ HStAS Q 1/18 Bü 118, Notizen Weizsäckers über ein Telefonat mit General Fritz von Grävenitz vom 13.5.1918.

⁴⁰ Vgl. SAUER, *Württemberg im Kaiserreich* (wie Anm. 2) S. 315; HStAS Q 1/18 Bü 61, Diktat Weizsäckers vom 1.7.1918.

⁴¹ SAUER, *Württemberg im Kaiserreich* (wie Anm. 2) S. 317.

⁴² Vgl. SAUER, *Württembergers letzter König* (wie Anm. 2) S. 278 f.; HStAS Q 1/18 Bü 173, Lebenserinnerungen, S. 28.

⁴³ HStAS Q 1/18 Bü 147, Grävenitz an Weizsäcker aus dem Großen Hauptquartier vom 20.5.1918; Q 1/18 Bü 173, Lebenserinnerungen, S. 27.

⁴⁴ SAUER, *Württembergers letzter König* (wie Anm. 2) S. 282.

⁴⁵ HStAS Q 1/18 Bü 49, Protokoll Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten vom 2.1.1918; Brief Weizsäckers an den König vom 24.5.1918; HStAS Q 1/18 Bü 61, Aufzeichnung Weizsäckers über den Besuch Heinrich von Bodmans am 15./16.7.1918. Aus württembergischer Sicht nahm das Interesse Badens an einem Gebiets-

Vor dem Hintergrund der gleichzeitig stattfindenden Entscheidung im Weltkrieg auf den Schlachtfeldern im Westen wirkte dieser Streit geradezu anachronistisch und bizarr. Und obgleich die Initiative dazu nicht von den beiden südwestdeutschen Ministerpräsidenten ausging, konnten sie sich dem Sog dieses Konflikts nicht entziehen. Beide blieben zudem in den Mechanismen traditioneller Kabinettpolitik gefangen. Ein Ausbrechen daraus etwa dergestalt, dass man in der Elsass-Lothringen-Frage eine politische Zusammenarbeit mit dem Reichstag angestrebt hätte, in dem es ja keine Mehrheit für einen Teilungsplan gab⁴⁶, wurde von ihnen nicht versucht.

Abschließend soll nun auf die Frage von Verfassungsänderungen im Sinne einer Demokratisierung und Parlamentarisierung des politischen Systems eingegangen werden. Diese blieb auch 1918 in den Landtagen im Südwesten ein Thema. Hatte der Amtswechsel in Baden von dem als reaktionär angesehenen Alexander von Dusch zu dem Neuem gegenüber als aufgeschlossener eingeschätzten von Bodman Hoffnungen auf Reformen geweckt, so wurden diese jedoch gleich enttäuscht⁴⁷. In seiner Grundsatzrede vom 9.1.1918 stellte von Bodman klar, dass der Wechsel im Amt des Staatsministers keinen Systemwechsel bedeuten würde, und erteilte einer Parlamentarisierung eine Absage. Zwar erkannte er an, dass das gute Verhältnis von Krone und Volk in seiner *Entwicklung fortschreiten* müsse⁴⁸. Diese Entwicklung müsse aber auf den geschichtlichen Verhältnissen Badens begründet sein⁴⁹, habe also auf der Grundlage des monarchischen Staates zu beruhen. Gleichzeitig mahnte er zur Geduld. Obwohl die von den Parteien im Vorfeld vorgeschlagenen Reformen die bestehende Ordnung nicht grundsätzlich in Frage stellten, wollte von Bodman selbst auf diese in nur sehr beschränktem Maße eingehen. Im Wesentlichen stellte er nur die Aufnahme bürgerlicher Mitglieder in die Erste Kammer und deren Ausbau zu einer ständischen Vertretung, die Einführung des Verhältniswahlrechts zur Zweiten Kammer allerdings nur für die größeren städtischen Wahlkreise sowie die Erweiterung der Diskussionsbefugnisse des landständischen Ausschusses in Aussicht⁵⁰. Eine Reformbedürftigkeit des Klassenwahlrechts in den Gemeinden erkannte er zwar an, vertagte die Reform jedoch auf einen späteren Zeitpunkt. Mehrere Punkte lehnte er dezidiert ab, wie z. B. das Frauenwahlrecht. Letztlich war dies ein zwar in konziliantem Ton vorgetragenes, inhaltlich jedoch sehr dürftiges Angebot, das bis zum Oktober 1918 auch nur in Nuancen noch

zuwachs im Laufe des Jahres 1918 zu; vgl. HStAS Q 1/18 Bü 61, Brief von König Wilhelm II. an Kaiser Wilhelm II. vom 16.8.1918.

⁴⁶ Vgl. zur Haltung des Reichstages: HStAS Q 1/18 Bü 113, Bericht Weizsäcker an den König über eine Unterredung mit Vizekanzler Payer vom 30.5.1918; SAUER, Württembergs letzter König (wie Anm. 2) S. 280–282.

⁴⁷ MÜLLER (wie Anm. 9) S. 227 f.

⁴⁸ Amtliche Berichte (wie Anm. 23) Sp. 189.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Vgl. MÜLLER (wie Anm. 9) S. 229 f.; Amtliche Berichte (wie Anm. 23) Sp. 187–191.

Änderungen erfuhr. Erschwerend kam hinzu, dass es weitgehend bei der Ankündigung der bescheidenen Reformabsichten blieb, ohne dass bis zum Ende der Landtagssitzungen Anfang Juli 1918 konkrete Vorhaben in nennenswertem Umfang angegangen worden wären⁵¹.

Eine grundsätzliche Ablehnung einer Parlamentarisierung des Regierungssystems kennzeichnete 1918 auch die Haltung von Karl von Weizsäcker. Nach der Zurückweisung des Vorstoßes von Conrad Haußmann 1917 versuchte dieser auf dem Landtag im Mai 1918 das Thema noch einmal aufzubringen. Anlass war für ihn der Umstand, dass seit Ende des Jahres 1917 drei Minister neu ernannt⁵² worden waren, ohne dass Abgeordnete berücksichtigt worden wären oder man die Kammer bei der Besetzung der Stellen auch nur zu Rate gezogen hätte. Haußmann brachte zudem erneut die Idee eines Koalitionsministeriums ins Spiel⁵³, um gerade angesichts der Kriegslage die Regierung auf eine breite parlamentarische Basis zu stellen. Der SPD-Abgeordnete Heymann warf Weizsäcker aufgrund der Nichtkonsultation der Zweiten Kammer gar *autokratische Allüren* vor⁵⁴. In der Grundsatzdebatte vom 15. und 16. Mai sprach sich Weizsäcker dann nicht prinzipiell gegen eine Übernahme von Regierungsämtern durch Parlamentarier aus⁵⁵. Dass damals kein Abgeordneter Mitglied der Regierung war, sei *eine Zufälligkeit und weiter nichts*⁵⁶. Auch Weizsäcker kam also um gewisse verbale Zugeständnisse in dieser Frage an den Landtag nicht herum. Was von ihm als *Neuorientierung* der Politik bezeichnet wurde, sollte jedoch über eine verstärkte *Fühlungnahme*, also über intensivere Kontakte und informelle Konsultationen des Landtags nicht hinausgehen⁵⁷. Auf der faktischen Ebene plädierte er hingegen in einer Kabinettsitzung im März 1918 dafür, dass die Regierung nur *in relativ harmlosen Fragen nachgeben* solle, um die Öffentlichkeit nicht unnötig zu reizen⁵⁸.

Eine Parlamentarisierung, wie sie sich auf Reichsebene andeutete, lehnte Weizsäcker ebenso strikt ab wie ein Koalitionsministerium und beharrte weiter auf einer

⁵¹ Lediglich im Bereich der Aufhebung der letzten Reste der Kulturkampfgesetze erfolgte eine Realisierung; vgl. MÜLLER (wie Anm. 9) S. 239.

⁵² Dies betraf den Wechsel im Justizministerium von Friedrich von Schmidlin auf Karl von Mandy in Dezember 1917 sowie die beiden Wechsel im März 1918 von Karl von Fleischhauer auf Ludwig von Köhler im Innenministerium und von Hermann von Habermaas auf Karl von Fleischhauer im Kultusministerium.

⁵³ Vgl. Verhandlungen der Württembergischen Zweiten Kammer, Protokollband 101 (wie Anm. 26) S. 5536.

⁵⁴ Ebd., S. 5555.

⁵⁵ Vgl. auch NAUJOKS (wie Anm. 19) S. 425.

⁵⁶ Verhandlungen der Württembergischen Zweiten Kammer, Protokollband 101 (wie Anm. 26) S. 5552.

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 5637.

⁵⁸ HStAS E 130 b Bü 213, Sitzung vom 5.3.1918. Gegenstand der Diskussion war hier die zukünftige Regelung der Fideikomisse.

Beibehaltung des konstitutionellen Regierungssystems⁵⁹. Dies sollte sich auch bis in den Oktober 1918 hinein nicht ändern.

Die Argumente, welche beide Spitzenpolitiker für ihre Ablehnung einer Parlamentarisierung vorbrachten, waren trotz einer etwas unterschiedlichen, wohl dem persönlichen Temperament geschuldeten Vehemenz, mit der sie vorgetragen wurden, ähnlich. Nicht zuletzt wohl, weil beide in direktem Austausch miteinander über diese Fragen standen⁶⁰. Einen wesentlichen Pfeiler ihrer Argumentation bildete dabei die Unvereinbarkeit mit der bestehenden Verfassung, da die Ernennung der Minister ein Vorrecht des Monarchen sei⁶¹. Zudem sei im konstitutionellen System die Gewaltenteilung und damit der innere Frieden viel besser gewahrt. Auch entspreche der Parlamentarismus nicht dem deutschen Wesen und der geschichtlichen Entwicklung im Land⁶². Vor allem aber konnten beide Regierungschefs zu Recht darauf verweisen, dass in den Kammern selbst keine Mehrheit für die Einführung des parlamentarischen Systems vorhanden sei⁶³. Befürworter waren nur die SPD und die Linksliberalen, während Konservative und Nationalliberale sich dagegen aussprachen und im Gegensatz zum Reichstag in den beiden Ländern auch das Zentrum einen solchen Kurs in seiner Mehrheit nicht mittragen wollte⁶⁴.

Dass es keine Mehrheit für einen Kurswechsel in den Kammern selbst gab, war sicherlich einer der wesentlichen Gründe dafür, warum beide Ministerpräsidenten 1918 glaubten, die Verfassungsfrage auf die lange Bank schieben zu können. Hinzu kam, dass die Monarchien und ihre Monarchen gerade in Baden und Württemberg

⁵⁹ Im monarchischen Lager wurde die Debatte als „glänzender Sieg“ Weizsäckers empfunden, zu dem ihm auch der württembergische Militärbevollmächtigte im Großen Hauptquartier Fritz von Grävenitz wenige Tage später gratulierte; HStAS Q 1/18 Bü 147, Brief vom 20.5.1918.

⁶⁰ Vgl. z.B. GLAK 52 von Bodman Nr.5, Brief Weizsäckers an von Bodman vom 4.4.1918.

⁶¹ Amtliche Berichte (wie Anm.23) Sp.187, 277; Verhandlungen der Württembergischen Zweiten Kammer, Protokollband 101 (wie Anm.26) S.5551, 5594; MÜLLER (wie Anm.9) S.230; SAUER, Württembergs letzter König (wie Anm.2) S.286 f. Als weiterer Punkt wurde noch angeführt: die Gefahr einer Diktatur von Ministerpräsidenten in Parlamentarischen Systemen, und dabei auf Erfahrungen verwiesen, die die Länder der Feinde im Krieg mehrfach hätten machen müssen; MÜLLER (wie Anm.9) S.230; SAUER, Württembergs letzter König (wie Anm.2) S.286 f.

⁶² Amtliche Berichte (wie Anm.23) Sp.277.

⁶³ MÜLLER (wie Anm.9) S.233, 239; SAUER, Württemberg im Kaiserreich (wie Anm.2) S.350.

⁶⁴ NAUJOKS (wie Anm.19) S.425; Peter BRANDT/Reinhard RÜRUP, Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19. Zur Vorgeschichte und Geschichte der Revolution, Sigmaringen 1991, S.70; GÖNNER (wie Anm.2) S.367; MÜLLER (wie Anm.9) S.230 f.; 233; 240; SAUER, Württembergs letzter König (wie Anm.2) S.286; SAUER, Württemberg im Kaiserreich (wie Anm.2) S.350.

so beliebt, gefestigt und tief im Volk verankert zu sein schienen⁶⁵, dass man davon ausging, dass sie auch heftigste politische Stürme überstehen würden. Bodman glaubte bis zuletzt an das Vertrauen, das die Badener ihrem Großherzog entgegenbringen würden⁶⁶. Insbesondere das von allen Landtagsparteien harmonisch mitgetragene Verfassungsjubiläum im August 1918, bei dem die bestehende Ordnung in Baden als fortschrittlich und freiheitlich und auf der Höhe der Zeit⁶⁷ gefeiert wurde, schien dies zu bestätigen. Und auch Weizsäcker war der Ansicht, dass die württembergische Monarchie selbst einen unglücklichen Kriegsverlauf überleben würde. Gefahr drohe ihr nur durch ihre Eingebundenheit in das Reich⁶⁸. Gestützt wurde dieser Glaube in Württemberg nicht zuletzt durch das 25-jährige Thronjubiläum des Königs 1916, das die Beliebtheit des Monarchen unter Beweis gestellt hatte⁶⁹. Inwieweit der Friede von Brest-Litowsk und die Anfangserfolge bei der deutschen Offensive im Westen zur dilatorischen Haltung beider Politiker in dieser Frage beitragen, muss mangels Quellenbelegen offen bleiben.

Das deutsche Gesuch um Waffenstillstand am 4. Oktober 1918 und die damit eingestandene Niederlage im Ersten Weltkrieg änderte die Sachlage grundlegend. Es kam zu einer rasanten Stimmungsverschlechterung in der Bevölkerung, überall gährte und rumorte es. Gleichzeitig setzte die neue Reichsregierung unter Prinz Max von Baden mit ihren grundlegenden Reformen die Parlamentarisierung des politischen Systems um.

Weizsäcker wurde damit wohl endgültig bewusst, dass auch für Württemberg gravierende Veränderungen anstanden. Zwar scheinen ihm bereits 1917 Zweifel an der eigenen nach außen vertretenen Position in der Verfassungsfrage gekommen zu sein, als er gegenüber Wilhelm Gröner äußerte, dass die demokratische Welle unaufhaltsam vorrücken würde⁷⁰. Dafür könnte auch sprechen, dass er in seinen Lebenserinnerungen notierte, 1918 überlegt zu haben, die aufkommende Krise mittels einer *inneren militärischen Diktatur* oder *durch eine offizielle internationale sozialistische Friedensverbindung* lösen zu wollen. Doch fand er für diese Alternativen zur Parlamentarisierung offenbar keine Unterstützer⁷¹. Wie ernst es ihm mit diesen Überlegungen war, muss letztlich ohnehin offenbleiben, da sich weitere Hinweise auf diese Alternativkonzepte nicht finden ließen. In einer Ministerrunde in Stuttgart am 22. Oktober vollzog Weizsäcker jedenfalls einen Kurswechsel, als

⁶⁵ Vgl. Amtliche Berichte (wie Anm. 23) Sp. 282; Verhandlungen der Württembergischen Zweiten Kammer, Protokollband 100 (wie Anm. 18) S. 4432; HStAS Q 1/18 Bü 173, S. 41 f.

⁶⁶ MÜLLER (wie Anm. 9) S. 257, 507; POHL (wie Anm. 6) S. 344.

⁶⁷ Vgl. Karlsruher Zeitung vom 22. 10. 1918; MÜLLER (wie Anm. 9) S. 247; POHL (wie Anm. 6) S. 344.

⁶⁸ SAUER, Württembergs letzter König (wie Anm. 2) S. 271.

⁶⁹ HStAS Q 1/18 Bü 173, S. 41 f.; Wilhelm KEIL, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 1, Stuttgart 1947, S. 377 f.; Michael BRAUN, Der Badische Landtag 1918–1933, Düsseldorf 2009, S. 38 A. 18.

⁷⁰ SAUER, Württemberg im Kaiserreich (wie Anm. 2) S. 333; GÖNNER (wie Anm. 2) S. 367.

⁷¹ Zitiert nach WEIN (wie Anm. 2) S. 167 f.

erstmal nun verschiedene Modelle einer Parlamentarisierung auf Regierungsebene durchgesprochen wurden⁷². Am 24. Oktober trat er dann in Verhandlungen mit den Landtagsparteien ein und am 6. November 1918 reichten er und sein Kabinett schließlich ihren Abschied ein. Sie machten damit den Weg frei für die erste parlamentarische Regierung in Württemberg unter Führung des linksliberalen Politikers Theodor Liesching, die der König schließlich am 8. November berief⁷³.

In Baden hatte Heinrich von Bodman trotz der sich zuspitzenden innenpolitischen Lage im Oktober 1918 weiter gezögert. Zwar versuchte er durch die Pflege persönlicher Beziehungen zu sozialdemokratischen Führern, Unterstützung für seine Politik zu erhalten. So bat er z.B. Anton Geiß, ihn vor Kritik der sozialdemokratischen Presse zu bewahren und mäßigend auf die Mannheimer Volksstimme einzuwirken⁷⁴. Doch erst am 19. Oktober fand er sich zu direkten Konsultationen mit den Parteiführern bereit. Allerdings blieb er auch hier bei seiner dilatorischen Linie. Die Aufnahme von Parlamentariern in die Regierung und die Forderung, dass eine Ernennung von Ministern nur mit Zustimmung der Volksvertretung erfolgen sollte, wollte er erst noch prüfen⁷⁵. Erst am 3. November versprach er, auf die im Landtag seit Anfang des Jahres 1918 geforderten Verfassungsmodifikationen eingehen zu wollen. Diese sollte dann ein außerordentlicher Landtag im Januar 1919 beraten⁷⁶. Mit dieser Verzögerungstaktik handelte von Bodman letztlich gegen sein eigenes Credo aus dem Jahr 1910, als er in der Ersten Kammer verkündet hatte, dass *wenn man begründeten Forderungen nicht rechtzeitig entgegenkommt, dann begeht man den Fehler, der das Gegenteil vom Staatserhalten ist*⁷⁷.

Beide Ministerpräsidenten kamen mit ihren Reformansätzen letztlich zu spät: In Baden machte der Ausbruch der Revolution am 9. November den ministerlichen Zeitplan für die gemäßigten Verfassungsänderungen obsolet, und in Württemberg befand sich die parlamentarisch-monarchische Regierung gerade einmal einen Tag im Amt, bevor die Revolution auch sie hinwegfegte⁷⁸.

Somit war das letztlich dilatorische Konzept beider Politiker, grundlegende Veränderungen des politischen Systems allenfalls mit kleinen Korrekturen zu verhindern, gescheitert oder kam zu spät. Ob eine Parlamentarisierung 1918 allerdings noch eine Option gewesen wäre, im Falle einer Weltkriegsniederlage eine

⁷² Ebd., S. 168; SAUER, Württembergs letzter König (wie Anm. 2) S. 288.

⁷³ Rosemarie MENZINGER, Verfassungsrevision und Demokratisierungsprozess im Königreich Württemberg: ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland, Stuttgart 1969, S. 177 f.

⁷⁴ GLAK Geiß 4, Brief von Bodman an Geiß vom 21. 10. 1918.

⁷⁵ Karlsruher Zeitung vom 22. 10. 1918, Artikel „Großherzogtum Baden“.

⁷⁶ POHL (wie Anm. 6) S. 344.

⁷⁷ Verhandlungen der Ersten Kammer (wie Anm. 8) Sitzung 13. 7. 1910, S. 878.

⁷⁸ Ansbert BAUMANN (Bearb.), Die Protokolle der Regierung des Volksstaates Württemberg, Erster Band: Die provisorische Regierung und das Kabinett Blos. November 1918–Juni 1920, Stuttgart 2013, S. XV f.; POHL (wie Anm. 6) S. 344–349.

Revolution zu verhindern, darf bezweifelt werden⁷⁹. Denn die Menschen, die man mit dahin gehenden Maßnahmen für einen Fortbestand der alten Ordnung hätte gewinnen wollen, interessierten sich spätestens Mitte des Jahres kaum mehr für verfassungspolitische Fragen. Die entsprechenden Debatten in den Landtagen und im Reichstag stießen in der Bevölkerung nur noch auf wenig Resonanz. Die Menschen sehnten sich spätestens ab dem Sommer 1918 vor allem nach einem schnellen Ende des Krieges und erhofften sich eine spürbare Verbesserung ihrer Versorgungssituation.

Zusammenfassend kann man wohl festhalten, dass sowohl Heinrich von Bodman als auch Karl von Weizsäcker die vertrauten Bahnen konstitutioneller Politik im Jahr 1918 nicht verlassen haben. Alternative Konzepte sind aufgrund der bisherigen Quellenanalyse nur bei von Weizsäcker erkennbar – und auch bei ihm nur in Ansätzen. Andererseits muss man beiden Politikern zu Gute halten, dass sich Alternativen 1918 entweder aufgrund von Sachzwängen vielfach kaum mehr anboten, die eigenen Handlungsspielräume zudem begrenzt waren bzw. eigene Initiativen von der Reichsebene abgeblockt wurden oder etwaige Alternativen wie in der Verfassungsfrage wohl nicht zur Lösung der Probleme geführt hätten, vor die sich beide gestellt sahen.

⁷⁹ Vgl. hierzu: MÜLLER (wie Anm. 9) S. 247, 507; BRANDT/RÜRUP (wie Anm. 64) S. 69f.